LANDKREIS RHÖN-GRABFELD

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR JUGENDHILFE UND SOZIALE ANGELEGENHEITEN

Sitzungsdatum: Donnerstag, 18.11.2021
Beginn: 16:50 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Ort: in der Rudi-Erhard-Halle in Burglauer

ANWESENHEITSLISTE

LANDRAT

Habermann, Thomas

GEWÄHLTER STELLVERTRETER DES LANDRATS

Demar, Josef

WEITERE STELLVERTRETER DES LANDRATS

Böhm, Eva

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Back, Karola
Doser, Daniel
Helmerich, Frank
Klum, Helmut, Dr.
Seufert, Anja

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

Bergmann, Stefan
Bruckmüller, Thomas
Ochs, Angelika
Schmitt, Daniela

BERATENDE MITGLIEDER

Baumeister, Ralf
Deublein, Karl-Heinz
Freund, Marcel
Hofmann, Kathrin
Sauer, Ilona
Stockheimer-Fries, Helga
Till, Markus

1. STELLVERTRETER

Sturm, Egon
van Eckert, René

Vertretung für Frau Irmgard Seifert
Vertretung für Frau Elke Bassil

2. STELLVERTRETER

Götz, Angelika

Vertretung für Frau Juliane Demar

LEITUNG SITZUNGSDIENST

Räth, Andreas

SCHRIFTFÜHRERIN

Grünbeck, Milena
Nagel, Hanna

VERWALTUNG

Endres, Manfred
Helfrich, Stefan
Marschall, Jürgen
Reinhart, Michael
Wallrapp, Lena

WEITERE ANWESENDE

Fr. Voll
Fr. Elzenbeck
Fr. Busch_Gerber

Zu TOP 1: Geschäftsführerin KJR
Zu TOP 2: Jugendsozialarbeiterin Mittelschule NES
Zu TOP 3: Schulleiterin Karl-Ludwig-von-Guttenberg
Grundschule NES

Abwesende und entschuldigte Personen:

AUSSCHUSSMITGLIEDER

Bassil, Elke	entschuldigt
Demar, Juliane	entschuldigt
Seifert, Irmgard	entschuldigt

STIMMBERECHTIGTE MITGLIEDER

Hartmann, Helmtrud	entschuldigt
Keune, Sarah	entschuldigt

BERATENDE MITGLIEDER

Goy, Elisabeth	entschuldigt
Helm, Eberhard	
Krebs, Johannes	entschuldigt
Woweries, Helmut	
Wurth, Stefan	entschuldigt

1. STELLVERTRETER

Barth, Michaela	Vertretung für Herrn Stefan Wurth (entschuldigt)

VERWALTUNG

Geier, Jörg, Dr.	entschuldigt

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Antrag des Kreisjugendringes Rhön-Grabfeld auf Einstellung einer weiteren pädagogischen Fachkraft
Vorlage: 2.2/053/2021
2. Vortrag zur Jugendsozialarbeit an Schulen
Vorlage: 2.2/054/2021
3. Antrag der Karl-Ludwig-von-Guttenberg Grundschule Bad Neustadt a. d. Saale auf Jugendsozialarbeit an der Schule – Bedarfsfeststellung
Vorlage: 2.2/055/2021
4. Verschiedenes öffentlicher Teil
Vorlage: 2.2/056/2021

Landrat Thomas Habermann eröffnet um 16:50 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Antrag des Kreisjugendringes Rhön-Grabfeld auf Einstellung einer weiteren pädagogischen Fachkraft

Herr Landrat Habermann begrüßt Frau Voll und Herrn Freund vom Kreisjugendring und bittet um Vorstellung des Sachverhaltes.

SACHVERHALT

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit sind Aufgaben des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe, also des Landkreises. Der Landkreis Rhön-Grabfeld hat diese Aufgaben dem Kreisjugendring Rhön-Grabfeld übertragen, aktuell durch Grundlagenvertrag aus dem Jahr 2007 (sh. anhängendes Dokument) und trägt u.a. die Personalkosten für das in der Geschäftsstelle beschäftigte Personal einer 0,5 Vollzeitstelle Verwaltungsmitarbeiterin oder- Mitarbeiter sowie mindestens einer vollbeschäftigten Fachkraft für die Geschäftsführung und Wahrnehmung der sozialpädagogischen und pädagogischen Aufgaben.

Der langjährige Geschäftsführer Herr Jürgen Hesselbach ging zum 01.12.2018 in Altersteilzeit und ist seitdem in Teilzeit mit 0,5 Vollzeitstelle beschäftigt.

Zum 02.01.2019 wurde als künftige Nachfolgerin Frau Mona Voll in Vollzeit angestellt, absolvierte Lehrgänge zur Jugendpflegerin und Geschäftsführerin. Seit 01.01.2021 wurde ihr vom KJR die Geschäftsführung übertragen. Herr Hesselbach geht nun doch anders als geplant bereits zum 31.12.2021 in Ruhestand.

In der Vergangenheit konnten verschiedene Aufgaben nur punktuell umgesetzt werden, wie z.B. Aufklärung und Prävention im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, Beratung der Gemeinden zur offenen Jugendarbeit, Beratung von Gemeinden und Vereinen zu Haftung, Aufsichtspflicht, Datenschutzvorschriften, Aufklärung und Beratung in der Jugendbildung, Jugendhilfeplanung im Teilbereich Jugendarbeit.

Es ist notwendig die Jugendarbeit, die pandemiebedingt heruntergefahren war, in den Vereinen, Verbänden und Gemeinden zu reaktivieren durch Kontaktaufnahmen, Themenangebote, Verbandspatenschaften u.a. Ferienfreizeiten sollen wieder geplant und angeboten werden, wobei die Gewinnung und Schulung von Betreuerinnen und Betreuern zeitintensiv ist.

Hierbei ist lt. Art.23 AGSG beim örtlichen Träger der Jugendhilfe auch mindestens eine hauptamtliche Jugendpflegerin oder ein Jugendpfleger einzusetzen.

Um den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden sieht der Kreisjugendring wie auch das Amt für Jugend und Familie deshalb eine weitere pädagogische Fachkraft als notwendig an. Frau Mona Voll wird des Bedarf des KJR in einem Vortrag darstellen.

Herr Freund erläutert in einigen Worten die Notwendigkeit der geplanten Stellenaufstockung.

Im Anschluss schildert Frau Mona Voll die derzeitigen Gegebenheiten. Sie berichtet, dass sie ein breiter angelegtes Präventionsprojekt starten möchte, da nicht nur Drogen und Alkohol, sondern auch das Thema Medien eine immer größere Rolle spielen. Mit Projekten wie diesen möchte Frau Voll verstärkt die Selbstkritik von Jugendlichen gegenüber den benannten Themen fördern. Der Kreisjugendring seien für 37 Gemeinden zuständig, dies sei ein großer Aufwand den es zu bewältigen gilt.

Der Mehraufwand sei vor allem auf die Datenschutzgrundverordnung zurückzuführen. Besonders der bürokratische Aufwand bei Minderjährigen sei gestiegen. Zusätzlicher Arbeitsaufwand entstand ebenfalls durch die Coronapandemie und die damit verbundene Kontaktnachverfolgung sowie die Ausarbeitung eines Hygienekonzeptes.

Ziel solle es sein den Kontakt zu den Jugendverbänden wiederherzustellen und zu verbessern, so Herr Freund. Es müsse die Frage gestellt werden, wo die Politik unterstützen könne. Der Betreuermangel werde immer größer, diesem Trend müsse dringend entgegenwirkt werden.

Landrat Habermann bedankt sich bei Frau Voll und Herrn Freund für den guten Vortrag und die wichtige Arbeit die sie leisten. Diese Arbeit sei in Zukunft wichtiger denn je. Aufgrund der Coronapandemie stehen uns schwere Zeiten bevor. Die Medien nehmen einen großen Einfluss auf die Menschen, bereits jetzt werden oftmals Fakten

nicht mehr anerkannt. Er sei sehr dankbar für das Engagement. Wie bereits angesprochen verschone auch der Datenschutz den Kreisjugendring nicht. Die Bürokratie mache in diesem Bereich einiges komplizierter und aufwendiger. Landrat Habermann spricht ihnen Mut zu, sie sollen sich nicht von jeder Vorschrift verängstigen lassen.

KR Bruckmüller berichtet, dass der Kreisjugendring ihn bereits seit über zwanzig Jahren begleite. Er habe den Wandel über diesen Zeitraum beobachten können. Die Menschen werden durch die Bürokratie abgeschreckt, vieles verkompliziere sich hierdurch enorm. Dieses Problem zeige sich ebenfalls in den Kommunen, so KR Bruckmüller. Die kommunale und örtliche Jugendarbeit werde immer weniger. Die Jugendräume verkommen zu Partyräumen, hier finde keine Jugendarbeit mehr statt. Es gebe kaum größere Verlierer, während der Coronapandemie, als die Jugendarbeit.

Das Problem der Jugendarbeit sei, dass diese nicht in Zahlen gerechnet werden könne. Man könne hier nicht bemessen wie viel durch eine gute Jugendarbeit gespart werden könne, sondern nur den Anteil der auf die schiefe Bahn geraten sei. Die Jugendarbeit koste zwar Geld, er sei aber der Überzeugung sie spare mehr ein als sie koste.

Landrat Habermann bedankt sich bei KR Bruckmüller für das Plädoyer.

KR van Eckert erklärt auch sie hätten dieses Thema in der SPD Fraktion besprochen und sehen den Bedarf an mehr Personal.

BESCHLUSS

Der Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten sieht den Bedarf an einer zweiten pädagogischen Fachkraft aus dem Bereich Sozialpädagogik/Sozialarbeit in Vollzeit zur Mitarbeit im Kreisjugendring Rhön-Grabfeld gegeben und bittet den Kreisausschuss die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Landrat wird ermächtigt die entsprechenden Personalanstellungen vorzunehmen

Einstimmig beschlossen   Ja 11   Nein 0   Anwesend 13

2   Vortrag zur Jugendsozialarbeit an Schulen

Landrat Habermann begrüßt Frau Elzenbeck und bittet sie darum dem Gremium ihren Arbeitsalltag zu schildern.

Frau Elzenbeck berichtet, wie Ihre Arbeit mit den Jugendlichen genau aussehe, welche Altersgruppen am häufigsten betroffen seien, von wem die Schüler zu Ihr geschickt werden und um welche Probleme es sich handele. Sie nimmt auf den nachfolgenden Sachverhalt Bezug.

MITTEILUNG

Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) ist eine Leistung der Jugendhilfe auf der Grundlage des §13 SGB VIII, zuständig ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also der Landkreis. JaS ist die intensivste Form der Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Schule.

JaS Sie richtet sich an junge Menschen,

- die ressourcenbenachteiligt sind
- denen es an Unterstützung in der Familie mangelt
- die verhaltensauffällig sind in ihrem Sozialverhalten, durch Aggressivität oder Gewaltbereitschaft
- die aufgrund ihres Migrationshintergrundes belastet sind
- die Schulvermeidungsverhalten zeigen.

Methoden der JaS sind:

- Einzelfallhilfe
- Krisenintervention
- Sozialpädagogische Gruppenarbeit
- Elternarbeit
- Kooperation mit anderen Stellen und Behörden, auch beim Übergang Schule –Beruf

Aktuell gibt es an folgenden Schulen von Staat und Landkreis mitfinanzierte Jas im Landkreis Rhön-Grabfeld :

- Mittelschule Bad Neustadt 1Vollzeitstelle, Träger Landkreis
- Dr.Alfred-Hauser-Schule Ostheim 1 VZ, Träger Landkreis
- Adolph-Kolping-Berufsschule Bad Neustadt 0,5 VZ, Träger Kolping-Bildungswerk
- Volksschule Bad Königshofen i. Gr. 1 VZ, Träger gfi Schweinfurt
- Mittelschule Hohenroth 0,5 VZ Träger Landkreis

Frau Elzenbeck führt aus, dass sich einige Probleme mit wenigen Gesprächen lösen lassen, andere Kinder müssen über Jahre weiterhin betreut werden. Oft auftretende Themen seien Beispielsweise Aggression, Gewalt, Fernbleiben vom Unterricht bis hin zur Selbstverletzung. Enge Zusammenarbeit bestehe hier mit der Agentur für Arbeit und dem Jugendamt. Mehr geworden sei auch die Arbeit mit Ärzten, Therapeuten und der Polizei. Durch verschiedene kleine Projekte soll die Integration der Schüler gefördert werden. Beispiele hierfür seien Einsteigertage zum Kennenlernen der Kinder, Teamtrainings, Interaktionstraining, Konzentrationstraining sowie eine Sommerwoche. Ein großes Problem seien auch die Themen Internet, Cybermobbing und das allgemeine Spielverhalten. Durch die Corona Pandemie waren besonders Kinder mit Sprachbarrieren sehr schlecht erreichbar. Die fehlenden Tagesstrukturen seien aktuell noch spürbar. Ein weiteres Problem sei das durch Corona verschärfte Medienverhalten. Durch den hohen Medienkonsum haben die Kinder Konzentrationsschwächen, dies wirke sich auf den Unterricht und die Leistungen aus. Wichtig für die Zukunft sei es die Kinder frühzeitig zu erreichen, denn je früher man Elternarbeit leiste desto besser.

Landrat Habermann bedankt sich bei Frau Elzenbeck für die hervorragende Arbeit und den guten Einblick in ihre täglichen Aufgaben. Die Situation sei durchaus schwierig und besorgniserregend.

KRin Seufert erklärt, sie sei dafür, dass jede Schule eine Sozialpädagogin oder einen Sozialpädagogen erhalte. Sie fragt, wer über die Zuordnung und die Finanzierung entscheide.

KRin Reder-Zirkelbach interessiert sich, wie noch mehr solcher Stellen an Schulen geschaffen werden können.

Landrat Habermann erklärt es habe alles mit der Mittelschule angefangen, damals noch Hauptschule, in Bad Neustadt. Es handele sich hier um ein bereits sehr altes Programm, zu dieser Zeit war es eine Kostenteilung zwischen Stadt und dem Landkreis Rhön-Grabfeld. Er gehe bis heute davon aus, dass es sich noch um eine solche handele.

Frau Stockheimer-Fries erläutert, dass es sich in der Tat noch um eine Kostenteilung handele, allerdings habe jede Stelle eine andere Finanzierung. Vermutlich kam es aufgrund der Neuschaffung von Stellen dazu. Sie persönlich befürworte den Landkreis als Trägereinrichtung, da das Jugendamt so einen anderen Blick auf die Personalie und die richtige Anbindung haben könne.

Landrat Habermann erklärt, das Lehrerinnen und Lehrer der einzelnen Klassen vor Problemen gestellt wurden die bis zu diesem Zeitpunkt unbekannt waren. Somit benötigten die Schulen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Wir haben stets die Auffassung von Seitens des Landkreistages vertreten, all das habe mit dem Unterrichtsbetrieb zu tun. Somit sei es eine Personalangelegenheit des Freistaates Bayern. Der Staat entgegnete es handele sich um Jugendarbeit, dieser Streit werde bis heute erbittert geführt. Um dennoch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen haben zu können wurden sogenannte Mischfinanzierungsmodelle ausgewählt. Landrat Habermann führt aus, dass der Landkreis hier im Grunde gar nicht mit einsteigen wolle, Ziel sei es nicht dem Freistaat Bayern die Verantwortung abzunehmen. Würde heute eine Abfrage an den Schulen stattfinden, so hätte jede Schule einen Bedarf. Die gesellschaftliche Situation habe sich leider so verändert, dass die Eltern kaum noch Zuhause sind. Die Kinder stünden nicht mehr im Mittelpunkt des Fürsorgeinteresses in den Familien, dem Staat und der Gesellschaft. Seiner Meinung nach sei das Schulsystem wie wir es kennen nicht mehr zeitgemäß und tauglich in manchen Bereichen. In unserer Sozialstruktur und den veränderten Verhältnissen könne nicht mehr mit dem gleichen Schulsystem gearbeitet werden. Es sei nicht mehr zukunftsweisend eine Klasse mit 28 Schülern einer Lehrerin oder einem Lehrer zuzuweisen, dies könne nicht funktionieren. Letztendlich gehe es darum wer zahlt für diese Stellen. Wichtig sei, die Sachaufwandsträger hier nicht aus der Verantwortung zu nehmen. Es müsse geholfen werden, damit die Schulen ihren primären Zweck erfüllen können.

3 Antrag der Karl-Ludwig-von-Guttenberg Grundschule Bad Neustadt a. d. Saale auf Jugendsozialarbeit an der Schule – Bedarfsfeststellung

Landrat Habermann bittet Frau Busch-Gerber, Schulleiterin der Karl-Ludwig-von-Guttenberg-Grundschule Bad Neustadt zu Wort.

Frau Busch-Gerber begrüßt das Gremium und erläutert weshalb eine solche Stelle von Nöten sei. Die Schule habe sich tatsächlich gewandelt, wie bereits angesprochen. Dieses Jahr haben sie Kinder aus 25 verschiedenen Ländern an der Schule, der Migrationsanteil liege bei 53 Prozent. Dies sei natürlich ein Grund der, die Arbeit mit den Schülern vor Ort erschwere. Die Kinder und Eltern kommen aus unterschiedlichen Kulturen mit ganz anderen Vorstellungen was Schule bedeutet. Die Sprachbarriere sei nicht das größte Problem, die Nachhilfe Angebote und Deutschkurse seien vorhanden. Ziel sei es die Kinder möglichst schnell zu integrieren. Die Corona Pandemie habe ein weiteres Problem deutlich aufgezeigt. Die meisten Eltern seien berufstätig, teilweise kommen die Kinder ohne Frühstück in den Kindergarten und sind ab Mittag alleine Zuhause. Teilweise müssen die Kinder für die Eltern als Dolmetscher fungieren. Hinzu komme, dass die Anzahl der Kinder mit sozialen und emotionalen Defiziten steige. Bereits in der Grundschule gebe es Kinder die Verweigerungstendenzen zeigen, aggressiv sind bis hin zu Selbst- und Fremdgefährdungen. Sie sei der Meinung Chancen- und Bildungsgleichheit dürfe kein Glücksspiel sein, es dürfe nicht daran hängen in welche Familie die Kinder hinein geboren wurden. Prävention sei viel besser als Sanktion. Es sei der Anspruch der Schule allen Ihren Schülern eine Chance zu geben zu einem guten Bürger heranzuwachsen und seine Persönlichkeit zu entwickeln.

SACHVERHALT

Die Schulleiterin der Karl-Ludwig-von-Guttenberg-Grundschule Bad Neustadt a. d.S., Frau Busch-Gerber, beantragt Jugendsozialarbeit an der Schule (Antrag als Dokument beigefügt).

Die Grundschule beschult derzeit 227 Schülerinnen und Schüler in 10 Klassen. 43 % der Kinder besuchen anschließend eine Nachmittagsbetreuung:

- Mittags- und Hausaufgabenbetreuung an der Schule durch die Stadt Bad Neustadt bis 15.30 Uhr: 32 Kinder
- Hort Maria Himmelfahrt 45 Kinder
- Nachmittagsbetreuung Kindergarten St. Konrad : 21 Kinder

Frau Busch-Gerber stellt in ihrem Vortrag den Bedarf nach Jugendsozialarbeit an der Schule aus ihrer Sicht dar.

1. Allgemeines zu JaS:

1.1. Ziele von Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)

JaS ist eine Leistung der Jugendhilfe und die intensivste Form der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule. Sie richtet sich an Schülerinnen und Schüler mit sozialen Benachteiligungen und/oder individuellen Beeinträchtigungen, sowie deren Eltern und Bezugspersonen. Dadurch sollen deren Chancen auf Teilhabe und eine eigenverantwortliche sowie gemeinschaftsfähige Lebensgestaltung verbessert werden.

Viele wissenschaftliche Studien und nicht zuletzt PISA zeigen: Der soziale und familiäre Hintergrund junger Menschen, sowie eine positive Persönlichkeitsentwicklung mit einem förderlichen Umfeld sind in hohem Maße mitentscheidend für den schulischen Erfolg. Deshalb sollen durch eine sinnvolle Ergänzung und enge Verknüpfung von Jugendhilfe und Schule die Chancen, das Wissen und Können junger Menschen verbessert werden:

- JaS nimmt sozial benachteiligte junge Menschen besonders in den Blick,
- reagiert mit ihren Leistungen auf gesellschaftliche Entwicklungen und
- stellt eine professionelle sozialpädagogische Hilfe zur Integration dar.
- JaS leistet einen maßgeblichen Beitrag zur Chancen- und Bildungsgerechtigkeit

1.2. Zielgruppe der JaS

JaS richtet sich gemäß des gesetzlichen Auftrags nach § 13 SGB VIII an junge Menschen, die besondere Unterstützung brauchen, weil sie durch ihr Verhalten auffallen, das durch erhebliche erzieherische, psychosoziale und / oder familiäre Probleme entsteht und sich z. B. durch Schulverweigerung, erhöhte Aggressivität und Gewaltbereitschaft zeigt. JaS wendet sich z.B. an junge Menschen

- die unter sozio-ökonomisch schwierigen Bedingungen aufwachsen und denen es an Unterstützung durch das Elternhaus mangelt,
- die Verhaltensauffälligkeiten zeigen, z. B. gehäuftes Fernbleiben vom Unterricht,
- die wegen ihrer individuellen oder sozialen Schwierigkeiten voraussichtlich keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle finden,
- aus Zuwandererfamilien, deren Integration erschwert ist,
- mit erhöhtem Aggressionspotential und Gewaltbereitschaft,
- mit Drogenproblemen,
- mit Versagens- oder Schulängsten,
- mit mangelndem Selbstwertgefühl etc.

1.3. Arbeitsweise der JaS

JaS bringt in der Arbeit mit der Zielgruppe nicht nur sozialpädagogische Kompetenz ein, sondern agiert mit dem gesamten System der Jugendhilfe. Dies geschieht durch:

- Beratung und sozialpädagogische Hilfen: In Einzel- oder auch Gruppengesprächen mit den jungen Menschen werden deren Probleme im Alltag, in der Familie, in der Schule oder auch im Übergang in die Ausbildung und in den Beruf besprochen und gemeinsam Lösungswege entwickelt.
- Soziale Gruppenarbeit zur Stärkung sozialer Kompetenzen, insbesondere der Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.
- Elternarbeit: Innerfamiliäre, erzieherische und/oder schulische Probleme erfordern eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern und deren Beratung, um gemeinsam Wege zur Verbesserung zu finden. Hierbei können auch weitere Leistungen der Jugendhilfe oder anderer Leistungserbringer angeregt bzw. letztere einbezogen werden.
- Zusammenarbeit mit dem Jugendamt (Allgemeiner Sozialdienst, Jugendgerichtshilfe etc.) und mit den Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe (z. B. Erziehungsberatungsstellen, Horten, Jugendzentren) und anderen sozialen Einrichtungen insbesondere mit Angeboten der schulischen Ganztagsbetreuung (offene und gebundene Ganztagschule), dem Gesundheitswesen (z. B. Drogenberatungsstellen) sowie mit Polizei und Justiz.
- Im Zusammenhang mit dem Übergang von der Schule in den Beruf ist die Kooperation mit der Agentur für Arbeit unverzichtbar.

1.4. Staatliche Förderung der JaS:

Die staatliche Förderung erfolgt als Regelförderung im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung. Das Förderprogramm kommt an Schulen zum Einsatz, die mit gravierenden sozialen und erzieherischen Problemen konfrontiert sind. Maßstab hierfür sind i.d.R. insbesondere soziale Belastungsfaktoren wie Arbeitslosen- und Sozialhilfequote, Trennungs- und Scheidungsrate, Anteil allein Erziehender, Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, Häufigkeit erzieherischer Hilfen, Maßnahmen nach dem Jugendgerichtshilfegesetz etc. im jeweiligen Einzugsgebiet der Schule.

Die Zuwendung beträgt für eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft 16.360 Euro jährlich.

Alle seit dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 05.Mai 2021 im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ vom StMAS zusätzlich genehmigten Stellen jedoch werden mit einer verdreifachten Förderpauschale berücksichtigt, befristet bis 31.07.2023, dies werden 210 Stellen sein. Die staatliche Förderung beträgt damit monatlich statt 4.090,- €, jährlich 49.080,- €, was bis dahin fast vollständig die Personalkosten decken wird.

2. Allgemeines zur Karl-Ludwig-von-Guttenberg-Grundschule Bad Neustadt

Die Karl-Ludwig-von-Guttenberg-Grundschule hat folgendes Leitbild:

Die Karl-Ludwig-von-Guttenberg-Grundschule ist eine moderne, farbenfroh gestaltete Grundschule. Die überschaubare Größe ermöglicht ein Arbeiten in familiärer Atmosphäre. Das engagierte und erfahrene Kollegium ist aufgeschlossen für pädagogische Innovationen und Mitarbeit der Eltern.

Die Schule legt großen Wert auf eine offene und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Elternhaus, sie achtet auf die Individualität jedes Einzelnen und fördert Kinder entsprechend dem jeweiligen Bedarf (sowohl im Leistungsbereich als auch im sozialen Miteinander und in der Persönlichkeitsentwicklung).

Ein respektvoller, vertrauensvoller und wertschätzender Umgang miteinander ist wichtig, Toleranz und Bereitschaft zum offenen Gespräch sind obligatorisch
Zeitgemäßer Unterricht befähigt die Schülerinnen und Schüler zu Selbständigkeit und eigenverantwortlichem Lernen. Projektorientierte Themen und differenzierte Lernangebote gehen auf die individuellen Lernbedürfnisse der Kinder ein. Gemeinsam erarbeitete Klassenregeln, Rituale und Klassenämter geben den Kindern Sicherheit und fördern Kritikfähigkeit und Toleranz. Methodenfreiheit und –vielfalt sind Kennzeichen eines lebendigen Unterrichts.

Erziehungsziele der Schule sind:

- Akzeptieren von Grenzen und Einhaltung von gemeinsam erarbeitenden Regeln
- Interesse wecken und Akzeptanz schaffen für andere Kulturen.
- Hinführen zur gewaltfreien Konfliktbewältigung (Trainieren von Konfliktklärungen im Klassenrat, Entwickeln einer Streitkultur).
- Befähigen zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit.
- Befähigen zu eigenständigem Lernen
- Fördern von selbstständigem Denken und Handeln.
- Verantwortung übernehmen für ausgewählte Bereiche.
- Förderung der Gesundheit im Rahmen von Projektarbeit (bspw. „gesundes Pausenfrühstück“, Bewegungsangebote)

Die Arbeit der Schule mit den Kindern stützt sich auf folgende Werte:

- Friedfertigkeit
- Rücksichtnahme, Toleranz, Höflichkeit
- Verantwortungsbewusstsein
- Hilfsbereitschaft
- Ehrlichkeit, Offenheit
- Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ordnung
- Individuelles Lernen: Auf der Grundlage des Lehrplans fördern wir das individuelle Lernen durch Methodenvielfalt (bspw. projektorientierter Unterricht, Freiarbeit, Werkstattunterricht, Arbeitsgemeinschaften):

Kinder mit besonderen Begabungen oder Schwierigkeiten werden begleitet und zusätzlich gefördert durch:

- Frühzeitiges Erkennen der Begabungen, Schwierigkeiten (Kontakte zu den Kindergärten, Elterngespräche, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Schulen)
- Wechseln der Klassenstufe
- Förderunterricht (LRS; Mathematik, Erstlesen, Erstschreiben, Deutsch als Zweitsprache)
- Integrative Maßnahmen
- Konfliktberatung und individuelle Betreuung

Derzeit unterrichten 13 Lehrkräfte 227 Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich.

Da die Schulleitung, Frau Busch-Gerber, gegenüber dem Amt für Jugend und Familie den Bedarf einer JaS angemeldet hatte, erfolgte im Oktober eine Bedarfserhebung.

3. Methodik der Befragung:

Als Instrument der Bedarfsermittlung wurde ein Fragebogen mit 17 Fragen zu Schwierigkeiten/Problemlagen in den Klassen eingesetzt, der an alle Klassenlehrer verteilt wurde. Bei der Frage nach der Häufigkeit der genannten Schwierigkeiten wurden die Klassenleitungen um eine subjektive Einschätzung nach Ihrem fachlichen Empfinden gebeten. Weiterhin war anzugeben, ob bei der festgestellten Problemstellung bereits mit anderen Institutionen wie z.B. dem Jugendamt oder der Erziehungsberatungsstelle zusammengearbeitet wurde, ob die Lehrkraft mit der Problemlage alleine zurechtkommt und ob sie Unterstützung zur Bearbeitung der Schwierigkeiten benötigt. Darüber hinaus wurden um Angaben gebeten zum sozialen Umfeld der Schüler und welche Erwartungen die Lehrkräfte an eine JaS haben. (siehe Anlage 1).

Alle Lehrkräfte arbeiteten an der Bedarfsfeststellung offen mit.

4. Auswertung der Fragebögen:

Ausgangsbasis: 10 Klassen 1-4 mit insgesamt 227 Schülerinnen und Schüler

Bei 63% der Schülerinnen und Schüler wurden von den Lehrkräften nach deren subjektiven/fachlichen Empfinden Schwierigkeiten/Problemlagen genannt.

4.1 Erwartungen der Lehrkräfte an die JaS:

- gemeinsame Suche nach Lösungen bei innerschulischen Problemlagen;
Unterstützung bei/von aggressiven Schülerinnen und Schüler und Verweigerern (Auszeitmodell?);
Einbringung sozialpädagogischer Kompetenzen;
Krisenintervention;
Entlastung bei Streitigkeiten (Pausensituation);
- Verbesserung des sozialen Klimas der Schülerinnen und Schüler untereinander
- Ggf. familiäre und häusliche Situation auf neutraler Ebene eruieren (mehr Einblick in die familiären Strukturen und damit bessere Einschätzung der Probleme der Kinder);
Lösungswege für häusliche Probleme finden;
- Netzwerkarbeit (Kontakte mit Jugendamt, Beratungsdienste, Horte, Fachärzte usw.)
- Sozial benachteiligte Kinder unterstützen;
Psychosoziale Betreuung und Beratung von Schülerinnen und Schüler;
„seelsorgerische“ Tätigkeit (einfach mal Zeithaben, zuhören und auch „kleinere“ Probleme abfangen);
auch mal „schöne Dinge“ mit den Kindern machen;
Stärkung des Selbstbewusstseins bei Kindern;
Stärkung sozialer Kompetenzen insbes. Kommunikations- und Konfliktfähigkeit;
Verbesserte Psyche – verbesserte schulische Leistungen;
- Unterstützung, wenn Elternhilfe fehlt
- Hilfe bei der Integration/Inklusion
- Beratung und Zusammenarbeit mit den Eltern „schwieriger“ Schülerinnen und Schüler;
Unterstützung der Eltern in Erziehungsfragen;
Evtl. Unterstützer im weiteren familiären Umfeld finden helfen;
- Mittler bzw. Mediator zwischen Lehrerschaft und Elternhaus als neutrale Instanz (evtl. als Anwalt des Kindes);
Verbesserung der Zusammenarbeit Elternhaus-Schule bzw. Klassenleitung;
Begleitung bei Problemen mit Eltern (bspw. zu hohe Erwartungen der Eltern hinsichtlich Übertritt an weiterführende Schule oder auch Wechsel in den Förderbereich);
- Organisation und Durchführung von Projekten/Angeboten im Rahmen des sozialen Lernens (Präventionsmaßnahmen);
Unterstützung der Schülerinnen und Schüler in schulorganisatorischen Fragen;
- Unterstützung bei sprachlichen und kulturellen Hürden (Organisation Sprachmittler/Dolmetscher, Infos an Familien);

4.2 Angaben zur Familie/zum sozialen Umfeld des Schülers/Schülerin

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund: 114 (50,22 %)
Schülerinnen und Schüler, die unzureichend Deutsch sprechen: 48 (21,15 %)
Schülerinnen und Schüler, die im privaten Bereich nicht ausreichend integriert sind: 27 (11,89%)
Schülerinnen und Schüler mit unzureichender häuslicher Unterstützung/Förderung: 36 (15,86%)
Schülerinnen und Schüler mit unzureichender Anleitung zuhause im Regelbereich: 24 (10,57%)
Familien, die nicht mit Schule kooperieren: 29 (12,78%)

4.3. Schülerinnen und Schüler mit folgenden Schwierigkeiten und Problemen in der Schule:

Schülerinnen und Schüler mit schulaversivem Verhalten: 5 (2,20%)
Schülerinnen und Schüler mit diagnostischen Beeinträchtigungen (zB. ADHS, Depression): 18 (7,93%)
Schülerinnen und Schüler mit diagnostizierten Teilleistungsschwächen/-störungen: 7 (3,08%)
Schülerinnen und Schüler, die isoliert sind (Mobbingopfer): 6 (2,64%)
Schülerinnen und Schüler mit aggressivem Verhalten gegenüber Mitschülerinnen und -schülern und Lehrkräften: 14 (6,17%)
Schülerinnen und Schüler, die respektlos mit Lehrkräften umgehen: 6 (2,64%)
Schülerinnen und Schüler, die ständig den Unterricht stören und ihre Mitarbeit verweigern: 19 (8,37%)

5. Zusammenfassung und Ausblick:

Aus den Erhebungen dürfen keine Rückschlüsse gezogen werden auf die Schulqualität, im Gegenteil, als Amt für Jugend und Familie erleben wir eine sehr engagierte Schulleitung und ein Lehrerkollegium, das sich ebenfalls sehr engagiert zeigt und danach bestrebt ist, Schüler im Schulsystem zu halten, die Kinder zu einem

erfolgreichen Jahrgangsabschluss zu führen, sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu stärken und eine gelingende Kooperation mit den Eltern herzustellen.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen in unterschiedlichen Ausprägungen die Problemstellungen auf, mit welchen Lehrkräfte konfrontiert sind. Zunehmend spiegeln sich in den Schulen Schwierigkeiten wieder, die im Elternhaus nicht mehr bewältigt werden.

Auffällig war bei der Betrachtung der Gesamtergebnisse:

- der hohe Migrationsanteil von 50,22%, unterschiedliche kulturelle Hintergründe wirken sich somit auf den Schulalltag aus,
- von den Schülerinnen und Schülern sprechen 21% nur unzureichend Deutsch, erfahrungsgemäß müssen wir davon ausgehen, dass wir auch bei den Eltern einen sehr hohen Wert haben an mangelndem Sprachverständnis,
- Prozentual finden sich die Familien, die nicht mit der Schule kooperieren, überwiegend in der Jahrgangsstufe 1 mit 4,85% (11 Familien) und in der Jahrgangsstufe 4 mit 5,73% (13 Familien), also am Schulanfang und an der Schwelle des Übertritts in die Mittelschule bzw. den weiterführenden Schulen.
- Prozentual haben wir den höchsten Wert der Unterrichtsstörer in der Jahrgangsstufe 1 mit 8 (3,52%)
- Viele Lehrkräfte scheinen – aus welchen Gründen auch immer – wenig über den sozialen Background ihrer Schülerinnen und Schüler zu wissen, Fragestellungen zur Lebenssituation der Eltern (alleinerziehend, Patchwork-Situation, Jobcenterbezug) blieben überwiegend ohne Angaben.
- Lehrkräfte kennen die Unterstützungsangebote im Netzwerk (inerschulsystemische Unterstützung bspw. MSD, schulpsychologischer Dienst; externe verschiedene Beratungsdienste wie bspw. Caritas Erziehungsberatung, Amt für Jugend und Familie) und nehmen sie durchaus bei Bedarf in Anspruch.

Schule steht sich ständig verändernden Herausforderungen gegenüber, gesellschaftlicher und demographischer Wandel, technischer Fortschritt (bspw. Digitalisierung) haben auch Auswirkungen auf Lebenswelten von Kindern, diese verlagern sich immer mehr in den schulischen Alltag, der ohne eine zunehmende Kooperation zwischen den Professionen (alle die beruflich mit Kindern/Familien befasst sind) nicht mehr zu bewältigen ist.

Schulen und Jugendhilfe beobachten allgemein im Landkreis eine zunehmende Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit schulaversivem Verhalten, generell ist auch eine höhere Tendenz zu Aggressivität und Gewaltbereitschaft, sowie zu Respektlosigkeit (vor allem gegenüber Lehrkräften) zu erkennen. Die soziale Isolation von Schülerinnen und Schülern aufgrund diverser Schwierigkeiten (bspw. im Leistungsbereich, Stress mit Mitschülern, Überforderung von Eltern, übermäßige Mediennutzung) scheint zuzunehmen. Ebenso wirkt sich die Migrationsproblematik (sprachliche Barriere, anderer kultureller Hintergrund) auf den schulischen Alltag aus. Die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Regelungen zum Homeschooling und die damit bedingte fehlende schulische Präsenz führten bei vielen Kinder auch zum Verlust sozialer Routinen (bspw. unterrichtsangemessenes Verhalten in der Gemeinschaft), Kinder müssen nun bei Präsenzpflcht „Lernen“ wieder neu üben. Studien belegen, dass das Thema „Corona“ Auswirkungen auf die Lebensqualität und psychische Gesundheit der Kinder hat, sie machen sich Sorgen, sind verunsichert.

Die Chance von JaS als die intensivste Form der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule besteht darin, einen erheblichen Beitrag dazu zu leisten, soziale Benachteiligung auszugleichen, Hilfebedarfe und Gefährdungslagen frühzeitig zu erkennen, die Eltern rechtzeitig einzubeziehen und die Kinder im Hinblick auf eine positive Entwicklung und stabile Perspektiven zu unterstützen.

Die Jugendsozialarbeit an der Grundschule ist auch zu sehen als ein Angebot der frühen Prävention.

Landrat Habermann bedankt sich bei Frau Busch-Gerber für die überzeugende Schilderung.

BESCHLUSS

Der Ausschuss für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten bestätigt den Bedarf an Jugendsozialarbeit an der Karl Ludwig-von-Guttenberg-Grundschule Bad Neustadt a. d. Saale im Umfang von 1 Vollzeitstelle.

Der Kreisausschuss wird gebeten die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Landrat wird ermächtigt die entsprechenden Personaleinstellungen vorzunehmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die staatliche Förderung in Anspruch zu nehmen und die finanzielle Beteiligung des Schulträgers zu verhandeln.

Die Verwaltung wird ermächtigt die nötige Kooperationsvereinbarung und Konzeption mit der Schule, dem Schulträger und dem Staatlichem Schulamt auszuhandeln und einzugehen.

Einstimmig beschlossen   Ja 9   Nein 0   Anwesend 13

MITTEILUNG

Landrat Habermann trägt den Antrag der Grünen (Anlage TOP_4) vor und erklärt, dass der Landkreis mindestens einmal im Jahr eine Sitzung der kommunalen Sozialbeauftragten organisieren und veranstalten, um über aktuelle Themen zu berichten und die Vernetzung zu fördern.

KRin Reder-Zirkelbach ist der Meinung, es sei sehr wichtig sich untereinander zu informieren, denn durch Corona schreite die Vereinsamung immer mehr voran. Sie bittet darum dem Antrag zuzustimmen und ein solches Treffen in Zukunft jährlich zu organisieren.

Man verfüge hier nicht über einen Sozialbeauftragten, sondern ein komplettes Sozialamt so Landrat Habermann. Die Frage sei hier, ob der Landkreis oder die Gemeinden ein solches Treffen organisieren sollten.

Herr Marschall berichtet ergänzend, dass einige Gemeinden gar nicht über einen Sozialbeauftragten verfügen. In diesem Zusammenhang könne jedoch Stellen wie die Schuldnerberatung vorstellt werden.

KR Bruckmüller fragt, ob es denn überhaupt noch Sozialbeauftragte gebe.

Landrat Habermann fragt Herrn Marschall nach einer Rechtsgrundlage oder Verpflichtung für die Gemeinden einen solchen Sozialbeauftragten zu stellen. Herr Marschall verneint dies.

Er überprüfe dies, es gebe jedoch keine rechtliche Grundlage, so seien wir, als staatliches Landratsamt außen vor. Wir geben hier gerne den Hinweis, organisiert werden müsse es jedoch über die jeweiligen Gemeinden.

KR Bruckmüller unterstützt den Antrag von KRin Reder-Zirkelbach, da viele Menschen, die dringend Hilfe bräuchten sich nicht trauen Hilfe anzufordern.

Landrat Habermann sichert zu, dass sich von Seiten des Sozialamtes und der Kommunalaufsicht um dieses Thema beratend kümmert werde. Er sichert zu, alle Sozialbeauftragten anschreiben zu lassen und das Thema in die Bürgermeisterbesprechung mit aufzunehmen.

Zum Ende der Sitzung richtet Landrat Habermann noch einige Worte bezüglich der Entwicklung der Coronapandemie an das Gremium.

Mit Dankesworten schließt um 18:45 Uhr Landrat Thomas Habermann die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Angelegenheiten.

Thomas Habermann
Landrat

Lena Spiegel
Schriftführung